

## Zusammenfassung der Ergebnisse

### Zur Untersuchung

Die Kommunalkredit AG und der österreichische Gemeindebund beauftragten das OGM-Institut mit einer Umfrage zum Thema „Mehr Staat – Weniger Privat?“.

Ziel dieser Studie war es, die Sichtweisen von Bevölkerung und BürgermeisterIn in Österreich zu ständig steigenden Leistungsanforderungen an die öffentliche Hand im Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise zu analysieren. Wie viel staatliche Verantwortung und Leistungsübernahme wollen die Menschen, was erscheint ihnen angesichts der Finanzierungs- und Budgetprobleme noch leistbar? Wie stehen die Bürgermeister zu diesen Fragen, wo liegen Unterschiede zur Meinung der Öffentlichkeit?

Dazu wurden 1.002 repräsentativ ausgewählte ÖsterreicherInnen ab 16 Jahren telefonisch und 353 BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen online im Juli 2009 befragt.

## Mentalität und Wesen der ÖsterreicherInnen

Zu Beginn der Befragung wurde anhand verschiedener Merkmale das Selbstbild der ÖsterreicherInnen erhoben. Welche Eigenschaften und Charakteristika haben die Menschen im Lande, welche Mentalität, Vorzüge und Schwächen sehen die Österreicher bei sich selbst? Das Ergebnis kommt der Realität durchaus nahe und ähnelt einigen bekannten wissenschaftlichen psychologischen Analysen wie jener des verstorbenen Psychiaters Erwin Ringel über die Seele der Österreicher.

Zu allererst sehen sich die Österreicher als fleißig, hilfsbereit und sozial. Ein hohes Maß an Staatsgläubigkeit wird ebenso konstatiert wie ein (auf den ersten Blick widersprüchlich wirkendes) Streben nach Unabhängigkeit. Innovationsfreudigkeit und unternehmerische Neigung finden sich im Mittelfeld der Eigenurteile, dabei wurde offensichtlich beim Blick in den Spiegel eine rosarote Brille aufgesetzt. Andererseits sehen die Befragten immerhin, dass die Österreicher nicht besonders flexibel, mobil, konfliktfähig und veränderungsbereit sind.

Nicht alle Österreicher sehen sich gleich. Bewohner der westlichen Bundesländer halten sich für fleißiger und leistungsorientierter, jüngere Befragte nennen naturgemäß Zielstrebigkeit, Innovations- und Veränderungsbereitschaft, Protestfähigkeit und Streben nach Unabhängigkeit häufiger als ältere.

Das Selbstbild der Österreicher ist im Vergleich von Bevölkerung und Bürgermeistern praktisch deckungsgleich. Die Bürgermeister als Politiker mit sehr häufigen direkten Bevölkerungskontakten beurteilen die Mentalität ihrer Mitmenschen fast genauso wie diese selbst.

## Wo mehr staatliche Leistungen, wo mehr private Eigenverantwortung?

Auf die konkrete Frage, ob in Österreich der Staat und das öffentliche Gemeinwesen zu viel oder zu wenig Einfluss auf das Leben der Menschen nehmen, sehen jeweils rund 40 Prozent der Befragten zu viel staatlichen Einfluss bzw. ein gerade richtiges Maß. Nur 15 Prozent sind der Ansicht, dass der Staat in Österreich zu wenig Einfluss auf Gesellschaft und das Leben der Menschen habe. Die in dieser Frage deutlich sichtbare Haltung „zu viel staatlicher Einfluss“ bezieht sich aber weniger auf die Leistungen von Staat und öffentlicher Hand für die Bürger, sondern mehr auf die staatliche Einflussnahme auf das Alltagsleben der Österreicher.

Überdurchschnittlich staatskritisch sind Angehörige höherer Einkommensschichten, Männer, Ältere (erstaunlich) und Bewohner des ländlichen Raumes.

Die Bürgermeister beurteilen die Rolle des Staates recht ähnlich wie die Bevölkerung, neigen aber als staatliche Organe öfter dazu, Rolle und Einfluss des Staates als „gerade richtig“ darzustellen.

Bei konkreter Nachfrage, wo denn Staat und öffentliches Gemeinwesen mehr Aufgaben übernehmen sollen bzw. wo sich andererseits das Gemeinwesen zurückziehen und die Menschen mehr private Eigenleistung und –verantwortung übernehmen sollen, zeigt sich recht deutlich der für fast alle sorgende Wohlfahrtsstaat als Wunschbild der Österreicher.

Vor allem bei sozialen Leistungen und medizinischer Versorgung, bei Ordnung und Sicherheit, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der derzeit aktuellen Kinderbetreuung will die Mehrheit der Österreicher noch mehr staatliche Leistungen als bisher.

Nur bei Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer und in der Kulturförderung, teilweise auch beim gebührenfreien Studium und bei Zuschüssen für Sport- und Freizeiteinrichtungen können sich die Menschen weniger staatliche Leistungen und Ausgaben vorstellen.

Zwischen Jung und Alt sind teilweise recht deutliche Unterschiede erkennbar. Ältere wollen vor allem bei Sicherheit und Sozialleistungen noch mehr staatliche Fürsorge, können sich aber im Gegensatz zur jüngeren Generation bei Bildung, Kultur, Sport und Freizeit weniger öffentliche Leistungen vorstellen.

Die Bürgermeister neigen bei dieser Fragestellung aufgrund ihrer besseren Kenntnis der öffentlichen Leistungen und ihrer Kosten zu mehr Zurückhaltung. Weiter zunehmende Leistungen der öffentlichen Hand werden weitgehend abgelehnt, nur bei Gesundheits- und Sozialdiensten, Sicherheit und Katastrophenschutz sprechen sie sich wie die Bevölkerung für zunehmende öffentliche Leistungen aus. Ein deutlicheres Anliegen als der Bevölkerung ist den Bürgermeistern der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Wie ein roter Faden zieht sich bei den Bürgermeistern folgender Trend durch: Städtische Bürgermeister wünschen durchwegs mehr staatliche Leistungen als ihre ländlichen Kollegen, die häufiger auf private Eigenleistung und –verantwortung setzen.

## **Sind die staatlichen Leistungen noch finanzierbar? Neue Schulden?**

Das Wunschkonzert der Österreicher über noch mehr staatliche Leistungen weicht aber rasch einer realistischeren Einschätzung, sobald die Finanzierbarkeit dessen hinterfragt wird.

Mehr als die Hälfte aller Befragten befürchtet nämlich, dass die öffentlichen Leistungen im bestehenden Umfang nicht mehr finanzierbar sind, nur jeder Dritte glaubt daran, dass sich der Staat das auch weiterhin noch leisten kann.

Überdurchschnittlich skeptisch sind Einkommensschwache, Landbevölkerung und Jüngere, während insbesondere Pensionisten der weiteren künftigen Finanzkraft des Staates mehrheitlich vertrauen.

Als Hauptgrund für die Finanzprobleme werden die ständig neu hinzukommenden staatlichen Leistungen in Verbindung mit den sinkenden Einnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise gesehen.

Die Bürgermeister haben mehr Einblick in die budgetäre Situation und beantworten die Frage nach der Finanzierbarkeit daher um einiges kritischer als die Bevölkerung: 70 Prozent halten die öffentlichen Leistungen in Zukunft für nicht mehr finanzierbar. Hauptgrund aus Sicht der Bürgermeister: immer mehr Aufgaben und Lasten bei gleichbleibenden oder geringeren Mitteln für die Gemeinden.

Schulden sind die Österreicher immer kritisch gegenübergestanden, daher lehnen auch jetzt fast 60 Prozent ab, dass der Staat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Leistungen neue Schulden aufnehmen soll, nur jeder Vierte würde dafür mehr Schulden akzeptieren.

Besonders „schuldenkritisch“ sind Berufstätige sowie Bewohner des ländlichen Raumes und der westlichen Bundesländer.

Noch skeptischer stehen die Bürgermeister neuen Schulden gegenüber, drei von vier sprechen sich klar gegen neue Schulden aus, in den westlichen Bundesländern ist die Ablehnung neuer Schulden noch deutlicher ausgeprägt.

## Wo Leistungen kürzen, wo aufrecht erhalten?

Unter der Prämisse von Finanzierungsproblemen sehen die Menschen Möglichkeiten von Leistungskürzungen der öffentlichen Hand vor allem in folgenden Bereichen: Integration, Kultur, Sport und Freizeit, gebührenfreies Studium, Nachmittagsbetreuung von Schülern, auch bei Kinderbetreuung sind Einsparungen mehrheitlich vorstellbar.

Ein klares Nein zu Leistungskürzungen und Einsparungen auch bei Finanzierungsnöten zeigt sich bei Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, Sicherheit und Katastrophenschutz.

Dass einkommensstärkere Personen sich häufiger für Einsparungen aussprechen als einkommensschwächere ist ja nachvollziehbar. Bemerkenswert ist aber, dass Bewohner des ländlichen Raumes – obwohl etwas einkommensschwächer als Städter – in höherem Maße bereit wären, staatliche Kürzungen hinzunehmen und durch vermehrte Eigenleistungen zu kompensieren. Auch Familien mit Kindern würden erstaunlicherweise Kürzungen bei der Kinderbetreuung eher akzeptieren als kinderlose Haushalte.

Immerhin jeder vierte Befragte gibt auch an, selbst gemeinnützige Tätigkeiten ehrenamtlich auszuüben, was im ländlichen Raum deutlich häufiger als in den Städten vorkommt. Vielleicht ist diese höhere Quote an ehrenamtlichen Tätigkeiten eine Erklärung dafür, dass staatliche Leistungskürzungen und höhere private Eigenleistungen eher vorstellbar sind.

Die Bürgermeister setzen bei dieser Frage angesichts der Finanznöte den Sparstift noch deutlicher ein und sprechen sich bei den meisten öffentlichen Leistungen für Kürzungen und mehr private Eigenleistungen aus. Sie differenzieren jedoch ähnlich der Bevölkerung deutlich zwischen den verschiedenen Bereichen. Bei Sozial- und Gesundheitsdiensten, Sicherheit und Katastrophenschutz aber auch bei öffentlichem Nahverkehr soll das staatliche Leistungsniveau zumindest gleich bleiben, Kürzungen bzw. Ersatz durch private Leistungen werden klar abgelehnt.

Auch bei dieser Frage zeigen sich die Landgemeinden als sparwilliger, sogar die heiß diskutierten Einsparungen bei örtlichen Postdienststellen sind für die ländlichen Bürgermeister weniger tabu als für städtische Kollegen.

## Die Bürgermeister erwarten für 2010 gleichbleibende Leistungen

Im eigenen Bereich erwarten bzw. erhoffen sich die Bürgermeister in den meisten Bereichen gleichbleibende öffentliche Leistungen bzw. Mitteleinsatz, lediglich bei Energieversorgung/Energieeffizienz spricht eine Mehrheit von einem höheren Mitteleinsatz als zuletzt.

Auch bei Umwelt, Förderungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze, öffentlichem Nahverkehr, Altenpflege, Sozialdiensten, Gesundheitsversorgung und Katastrophenschutz geht die Tendenz bei der eigenen Gemeinde eher in Richtung Ausbau statt Kürzung (die Mehrheit sieht aber dafür gleichbleibende Aufwendungen).

Recht deutliche Leistungskürzungen im eigenen Gemeindebereich erwarten die Bürgermeister für Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Postdienststellen und landwirtschaftliche Förderungen, tendenzielle Kürzungen bei Schülerbetreuung, örtlichem Wegenetz und Ortsbildpflege.

## Zufriedenheit mit der Gemeindepolitik

Interessant ist ein abschließender Selbst- und Fremdbildvergleich über die Zufriedenheit der Bürger mit der Gemeindepolitik. Wie zufrieden sind die BürgerInnen, was meinen die Bürgermeister dazu?

Obwohl die Bürgermeister und die Bevölkerung in allen anderen Fragestellungen dieser Studie erstaunlich ähnliche Meinungen und Sichtweisen einnahmen, liegen sie bei der kommunalpolitischen Zufriedenheit deutlich auseinander: Die Bürger urteilten auf einer Skala von 1 (völlig unzufrieden) und 10 (äußerst zufrieden) mit dem exakten Mittelwert 5,0, also mittelmäßige Zufriedenheit.

Bürgermeister meinen jedoch viel zufriedenerer Gemeindebürger zu haben und erwarten, für ihre Gemeindepolitik von den Bürgern die hervorragende Durchschnittsnote von 7,4 zu erhalten. Dieses Missverhältnis bei Selbst- und Fremdbild von Politikern bzw. bei der Fehleinschätzung der Bürgerzufriedenheit ist jedoch nichts ganz Unbekanntes.